



Amtsblatt

für den

Landkreis Eichsfeld

Jahrgang 2017

Heilbad Heiligenstadt, den 26.09.2017

Nr. 32

Inhalt

Seite

A Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Eichsfeld

Auftragsbekanntmachung gemäß Richtlinie 2014/24/EU

... 218

Generalplanung für Umbau und Sanierung des Landratsamtes Haus I, Friedensplatz 8,
37308 Heilbad Heiligenstadt

B Veröffentlichungen sonstiger Stellen

- keine

Herausgeber: Landkreis Eichsfeld

Bezugsmöglichkeiten: Das Amtsblatt kann beim Landkreis Eichsfeld/Stabsstelle Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit, Friedensplatz 8, 37308 Heilbad Heiligenstadt, **als Abonnement, Einzelausgabe oder blattweise** bezogen werden. Tel. : 03606 650 -1050 / -1051 / -1052;
Preis je Doppelseite 0,10 € zuzüglich Versandkosten.

Erscheinungsweise: in der Regel dienstags,
auch unter der Internetadresse www.kreis-eic.de (Aktuelles, Amtsblatt)

**Auftragsbekanntmachung gemäß Richtlinie 2014/24/EU
Generalplanung für Umbau und Sanierung des Landratsamtes Haus I, Friedensplatz 8,
37308 Heilbad Heiligenstadt**

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Landkreis Eichsfeld
Liegenschaftsamt
Friedensplatz 8
37308 Heilbad Heiligenstadt
Deutschland

Kontaktstelle(n): Landkreis Eichsfeld, Vergabestelle Liegenschaftsamt, Frau Dornieden

Telefon: +49 3606 650 2311

E-Mail: vergabe-liegenschaftsamt@kreis-eic.de

Fax: +49 3606/650-9090

NUTS-Code: DEG06

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.kreis-eic.de

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.evergabe.de/unterlagen

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Generalplanung Umbau und Sanierung Landratsamt Haus I

Referenznummer der Bekanntmachung: 02/22/17

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71000000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Generalplanung für Umbau und Sanierung des Landratsamtes, Haus I, Friedensplatz 8, 37308 Heilbad Heiligenstadt

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 1 000 000.00 EUR

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DEG06

Hauptort der Ausführung:

Landratsamt Haus I, Friedensplatz 8, 37308 Heilbad Heiligenstadt

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Der Landkreis Eichsfeld beabsichtigt das denkmalgeschützte Gebäude des Landratsamtes Haus 1 in Heilbad Heiligenstadt mit Nutzung als Verwaltungssitz grundlegend zu sanieren und barrierefrei zu gestalten. Der Gebäudekomplex besteht aus mehreren Gebäudeteilen unterschiedlichen Baualters und Größe. Der Bauablauf soll in 2 Bauabschnitten (BA) erfolgen.

Der 1. BA ist das Oberamtshaus (830 m²), die ehem. alte Sparkasse (603 m²) sowie der Gebäudeverbinder zum Hauptgebäude. Der 2. BA betrifft das Hauptgebäude (5 121 m²), das ursprüngliche Schloss. Die Gebäudeteile werden während der Bauphase bauabschnittsweise beräumt mit Ausnahme einzelner zu verbleibender Raum- und Nutzungsbereiche. Die Fertigstellung der Gebäudesanierung ist bis Ende 2019 geplant. Eine detaillierte Beschreibung der Aufgabenstellung einschl. Anforderungen befinden sich in den Ausschreibungsunterlagen (Hinweise 1). Die geforderten Leistungen sollen auf einer vorliegenden Vorplanung aufbauen. Die Bewerber erhalten Bestandspläne (Hinweise 2) sowie die vorliegende Vorplanung einschließlich überschlägiger Kostenschätzung (Kostengruppe 300-600 ca. 3 360 000 EUR ohne MwSt.) sowie Flächenermittlung (Hinweise 3).

1. Generalplanungsleistungen

Auftragsgegenstand ist die Generalplanungsleistung, die unter Federführung eines Objektplaners Gebäude (Architekt) alle nachfolgend dargestellten und erforderlichen Fachplanerleistungen der Leistungsbilder Gebäude nach HOAI 2013 § 33 Honorarzone IV Leistungsphase (LP) 3-9, Freianlagen nach HOAI 2013 § 38 Honorarzone III LP 3-9, Tragwerksplanung nach HOAI 2013 § 49 Honorarzone III LP 2-9, Technische Ausrüstung nach HOAI 2013 § 53 Honorarzone II für die Anlagengruppe 1-6 LP 2-9, Wärmeschutz und Energiebilanzierung nach HOAI 2013 Anlage Nr. 1.2.3 Honorarzone III LP 2-7, Bauakustik nach HOAI 2013 Anlage 1 Nr. 1.2.4 Honorarzone I LP 2-7, Raumakustik nach HOAI 2013 Anlage 1 Nr. 1.2.5 Honorarzone II LP 2-7 sowie Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination auf Baustellen nach Baustellen VO und Brandschutz umfasst. Geforderte besondere Leistungen sind eine Umzugskonzeption für den Leerzug der Gebäudeabschnitte, ein Optimierungskonzept zur Raumoptimierung, eine Orientierungskonzeption für Besucher, ein Optimierungskonzept zur Parksituation, die Erstellung eines Energieausweises für das Gebäude, eine Bestandsaufnahme der vorhandenen HLS- und Eit-Installation, die Bauüberwachung und konstruktiver Brandschutz im Rahmen der Tragwerksplanung, die planungsbegleitende Vermessung des Hofraumes mit Gebäudelage und Außenanlagen sowie die Berechnung und Begutachtung von Wärmebrücken. Zulässig sind auch Bietergemeinschaften, wenn diese erklären

- dass ein bevollmächtigter Vertreter die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu handeln
- dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, Zahlungen des Auftraggebers für jedes Mitglied mit befreiender Wirkung anzunehmen

- dass sie sich im Falle einer Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen
- dass die Mitglieder gesamtschuldnerisch haftend auch über die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) hinaus auftreten und dass der bevollmächtigte Vertreter (natürliche oder juristische Person) der Bietergemeinschaft zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ berechtigt ist und die Federführung übernimmt

Eine Beteiligung auch einzelner Mitglieder von Bewerbergemeinschaften an mehr als einer Bewerbergemeinschaft ist unzulässig und führt zum Ausschluss aller davon betroffenen Bewerbergemeinschaften. Zunächst erfolgt die Beauftragung von Leistungen der Leistungsphasen 3 (Entwurfsplanung und 4 (Genehmigungsplanung) des Leistungsbildes Gebäude einschl. der erforderlichen o. a. Fachplanungsleistungen. Die Beauftragung erfolgt mit der Option der weiteren Beauftragung der Leistungsphasen 5 - 9. Ein Rechtsanspruch auf Gesamtbeauftragung besteht nicht.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt.

II.2.6) Geschätzter Wert

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/03/2018

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Fristgerechte Vorlage des vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Teilnahmeantrages nebst den geforderten Nachweisen und Erklärungen. Erfüllung der Kriterien erfolgt aus den Ziff. III.1.1 bis III.1.3, zusammengefasst im Bewerbungsbogen und der Auswahlmatrix (siehe Ziff. VI.3). Die Bewertung der Kriterien erfolgt nach Maßgabe der Gewichtung (Hinweise 4). Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und die Bewerberzahl nach objektiver Auswahl der zu Grunde gelegten Kriterien ist zu hoch, wird unter diesen Bewerbern die Auswahl per Los getroffen (§ 75 Abs. 6 VgV).

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Das Ende der Vertragslaufzeit steht aktuell nicht fest. Maßgeblich für die Vertragslaufzeit ist der abgestimmte und gültige Terminplan. Die Planung und Bauausführung ist im Jahr 2018 bis Ende 2019 vorgesehen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die geforderten Nachweise, Erklärungen und Unterlagen sind einzureichen. Die Bewerbung zur Teilnahme am zweistufigen Verfahren erfolgt vom Büroinhaber, einem Geschäftsführer und/oder einem berechtigten Vertreter. Von diesem ist der rechtsverbindliche unterschriebene Bewerbungsbogen/Teilnahmeantrag (BB: Bewerbungsbogen S. 1 - 4) im Original einzureichen.

Nachweis Teilnahmeberechtigung:

Teilnahmeberechtigt sind in den EWR-/WTO/GPA-Staaten ansässige natürliche Personen, deren Projektverantwortlicher zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ befugt ist. Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Architekt, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2013/55/EU entspricht. Bei Bewerbergemeinschaften muss das federführende Mitglied (natürliche oder juristische Person) zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ berechtigt sein.

Der Nachweis zur Berufsqualifikation als Architekt ist für den Generalplaner oder das federführende Mitglied der Bewerbergemeinschaft zwingend erforderlich gem. § 75 (1) VgV (Anlage 1).

Der Nachweis der Unterschriftsberechtigung ist zu führen bei juristischen Personen durch Vorlage eines aktuellen Handelsregisterauszuges, bei Personengesellschaften durch die Vollmacht der Gesellschafter/Partner. Im Falle einer Bieter-/Bewerbergemeinschaft ist die Vorlage einer von allen Bewerbern rechtsverbindlich unterschriebenen Bewerbergemeinschaftserklärung (Anlage BG) mit der Benennung eines bevollmächtigten Vertreters sowie der Bürobezeichnung aller Bewerber abzugeben.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Nachweis Berufshaftpflicht (Anlage 2):

Für die Auftragsvergabe ist der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen über mindestens 3 000 000 EUR für Personenschäden und über mindestens 2 500 000 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen. Sollte die Berufshaftpflichtversicherung geringere Deckungssummen aufweisen, ist auch eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Erhöhung im Auftragsfall auf geforderte Deckungssummen oder eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Zusage einer objektbezogenen Versicherung möglich. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckung (d. h. ohne Unterscheidung nach Sach- und Personen- und Vermögensschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, aus der hervorgeht, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den jeweils geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die Deckung für das Objekt muss über die gesamte Vertrags- und Gewährleistungslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Diese Erklärung ist zusätzlich mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Bei einer Bewerbergemeinschaft ist der Nachweis von jedem Mitglied der Gemeinschaft zu führen.

2. Erklärung Geschäftsjahresumsatz (Anlage 3):

Erklärung zum Jahresumsatz des Bewerbers im Leistungsbild Objektplanung Gebäude innerhalb der letzten 3 Geschäftsjahre. Aus dem Gesamtumsatz der letzten 3 Jahre wird ein durchschnittlicher Jahresumsatz ermittelt. Gefordert wird ein durchschnittlicher Mindestjahresumsatz in Höhe von 500 000 EUR sowie eine mindestens dreijährige Geschäftstätigkeit. Bei Bietergemeinschaften sind die Umsätze getrennt nach Mitgliedern anzugeben.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweis des Bewerbers über in der Vergangenheit erbrachte Leistungen, die mit den hier zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind. Dieser Nachweis ist durch die Angabe von 3 Referenzleistungen zu führen. Die Referenzprojekte sollen mit der gestellten Aufgabe hinsichtlich der Planungs- und Beratungsleistungen vergleichbar sein.

Die Mindestanforderungen sind:

- Mindestens 2 Referenzen sind mit einer öffentlichen Nutzung fertiggestellt. Sofern die Referenz ein vergleichbares Bauwerk ist, welches in der RBBau Bauwerkszuordnungskatalog unter Nr. 1000 bis 1380 dargestellt ist, wird die Referenz bepunktet. Sofern die dritte Referenz ebenfalls eine öffentliche Nutzung aufweist, wird sie bepunktet.
- Die Bauwerkskosten (KG 300-400) beliefen sich je Bauvorhaben auf mindestens 2 000 000 Mio EUR brutto.
- Es werden mindestens 2 Referenzen für Sanierung/Bauen im Bestand gefordert. Die dritte Referenz kann ein Neubau sein. Eine Sanierung, ggf. am Denkmal, wird bepunktet
- Es wurden mindestens die Leistungsphasen 3-8 nach § 34 HOAI erbracht

Erfolge bei Wettbewerbsverfahren oder Auszeichnungen können ein Hinweis auf eine hohe Gestaltqualität sein. Sofern die Referenz einen Wettbewerbspreis, eine Anerkennung (nachrangiger Preis) oder eine sonstige Auszeichnung (z.B. Architekturpreis) erfahren hat, wird dies deshalb bepunktet. Es werden alle Referenzprojekte ohne zeitliche Begrenzung gewertet, deren Urheberschaft und/oder Projektbearbeitung den sich bewerbenden Personen zuzurechnen sind. Bei Referenzprojekten, der Urheberschaft bei anderen liegt, sind die Urheber und der Anteil der eigenen Leistung anzugeben. Bewerbergemeinschaften geben an, welches Mitglied die Leistungen erbracht hat.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestangaben für jede eingereichte Referenzleistung sind (Anlage 4.1 bis 4.3): Ansprechpartner, Nutzer oder Bauherr, Erbrachte Leistungen, Bauwerkskosten, Honorarzone, Zeitpunkt der Leistungserbringung sowie Inbetriebnahme des Bauvorhabens, Projektleitung und projektbeteiligte Personen des Bewerbers, kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild (Bilddokumentation max. 2 Seiten A4 /A3 pro Referenz). Die Referenzleistungen des Bewerbers müssen abgeschlossen sein. Gehört die Lph 9 zum Leistungsumfang und ist nur diese noch nicht abgeschlossen, wird die Referenz berücksichtigt.

Die Eignung ist darüber hinaus zu erklären durch Angabe der Beschäftigten des Unternehmens innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre (Anlage 5).

Die Eignung ist weiterhin zu erklären über die Erklärung zum Geschäftsjahresumsatz (vgl. III 1.2 Punkt 2). Darüber hinaus ist die Eignung zu erklären über die Erklärung zur vorgesehenen Projektleitung durch Darstellung der Berufserfahrung der Projektleitung, seiner/ihrer Projektleitungsfunktion bei vergleichbaren Gebäudeplanungen (Bauwerkskosten) sowie der Darstellung der Projektleitung bei den angegebenen Referenzobjekten (Anlage 6).

Die Wertung der Eignungs-/Auswahlkriterien ist in den Unterlagen (Hinweise 4) dargestellt.

Sofern Mindestanforderungen nicht gegeben sind, führen diese zum Ausschluss des Bewerbers.

Weitere Nachweise sind zu erbringen:

Eigenerklärung zur beabsichtigten Weiterbeauftragung von Teilleistungen an Unterauftragnehmer (Erklärung zum Einsatz von Unterauftragnehmern – Anlage 7):

Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, so hat er diese Unternehmen und die Leistungsteile, die weiterbeauftragt werden sollen, zu benennen. Die Nachunternehmen geben jeweils eine eigene Erklärung zum Nachweis der Eignung, des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen sowie von Verknüpfungen vor, entsprechend der Vorlage des Auftraggebers ab. Eine Verpflichtungserklärung dieser Nachunternehmen ist auf Anforderung nachzureichen.

Erklärung zur Eignungsleihe (Anlage 8): Will der Bewerber für den Nachweis der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, so hat er diese Unternehmen und die Leistungen, welche in Anspruch genommen werden sollen, zu benennen. Die Inanspruchnahme der beruflichen Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen ist nur möglich, wenn das andere Unternehmen die betroffenen Leistungen, für die diese Kapazitäten benötigt werden, tatsächlich auch erbringen wird. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser anderen Unternehmen ist

auf Anforderung nachzureichen. Dies gilt auch für Bewerber- oder Bietergemeinschaften. Diese anderen Unternehmen legen eigene Erklärungen zum Nachweis der Eignung, des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen sowie von Verknüpfungen vor. Bei der Prüfung der Eignung des Bewerbers werden Leistungen der Eignungsleihe nur in dem Umfang und die Bereiche der beabsichtigten Leistungsübertragung bewertet. Im Falle der Inanspruchnahme der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen behält der Auftraggeber sich vor, eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe zu verlangen.

Bietergemeinschaften (Anlage BG): Bei Bietergemeinschaften ist die Anlage BG in einfacher Ausführung und unterschrieben einzureichen. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft legt eigene Erklärungen zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen sowie von Verknüpfungen vor.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Architekten gem. § 75 VgV (siehe III.1.1)

Ist die Berufsbezeichnung „Architekt“ gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Voraussetzung, wer über einen Befähigungsnachweis hat, der die Berufsankennung nach den Richtlinien 2013/55/EU des EU-Parlaments und des Rates vom 20/11/2013 zur Änderung der RL 2005/36/EU und der Verordnung EU Nr. 1024/2012 des EU-Parlaments und des Rates bestätigt.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Weitere Nachweise sind zu erbringen:

2. Eigenerklärungen nach § 123 bis 124 GWB (Anlagen 9.1-9.3)

3. Erklärung Verknüpfungen (Anlage 10)

Für das Projekt gelten die Bau-, Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes sowie des Freistaates Thüringen, insbesondere bauplanungs- und bauordnungsrechtliche sowie sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften (ThürBO einschließlich VollzBekThürBO); DIN 18 040-1: Barrierefreies Bauen; Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV); Versammlungsstättenverordnung Thüringen; Vorschriften und Regelwerke der Unfallkasse Thüringen und der DGUV. Die Auflistung ist beispielhaft und nicht abschließend.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 13/10/2017

Ortszeit: 12:00 Uhr

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 27/10/2017

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/08/2018

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb in zwei Stufen durchgeführt. Die Bewerber haben innerhalb der unter IV.2.2) genannten Frist einen Teilnahmeantrag einzureichen, der den Anforderungen dieser Bekanntmachung genügen muss. Bewerbungen, welche formal vollständig sind und mit denen die Eignung nachgewiesen werden konnte, werden danach anhand von Punkten bewertet. Die bis zu 5 Bewerber mit der höchsten Punktzahl werden zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren eingeladen. Die Rangfolge richtet sich dabei nach den erreichten Punkten. Bei gleicher Punktzahl entscheidet unter diesen das Los. Beim Verhandlungsgespräch wird der für die Vertragsdurchführung verantwortliche Büroinhaber (Generalplaner) mit seinem verantwortlichen Projektleiter einschließlich des Stellvertreters des Projektleiters erwartet. Bei Bietergemeinschaften werden alle für die Vertragsdurchführung verantwortlichen Mitglieder der Bietergemeinschaft mit dem verantwortlichen Projektleiter Gebäude einschließlich seines Stellvertreters erwartet. Die Verpflichtung zur Angabe des Projektteams des Generalplaners erfolgt mit der Angebotsabgabe. Für den Teilnahmewettbewerb gelten die folgenden Bedingungen:

1. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Bewerbungsbogen einschließlich aller Anlagen für die Bewerbung zu verwenden ist. Die EEE ist ausgefüllt einzureichen. Die Unterlagen sind ausschließlich im DIN A4/A3 Format gefaltet einzureichen.
2. Die Bewerbung ist in Papierform und im geschlossenen und gekennzeichneten Umschlag mit deutlichem Hinweis (Aufkleber auf dem Umschlag) zum betreffenden VgV Verfahren fristgerecht (siehe IV.2.2) an die unter I.1) genannte Kontaktstelle einzureichen. Bei persönlicher Abgabe des Teilnahmeantrages sind die Unterlagen in der unter I.1) genannten Poststelle abzugeben; Teilnahmeanträge in ausschließlich elektronischer Form (z. B. E-Mail) werden nicht berücksichtigt. Für die Wahrung der Frist kommt es auf den Eingang bei der Kontaktstelle an.
3. Formlose Bewerbungen und nicht fristgerecht eingegangene Bewerbungen führen zum Ausschluss. Nicht eingereichte sowie nicht rechtskräftig unterschriebene Teilnahmeanträge und Eigenerklärungen der Eignung führen ebenfalls zum Ausschluss der Bewerbung.
4. Alle Unterlagen zur Bekanntmachung (bezeichnet mit der Vergabe-Nr. 02/22/17) stehen zum kostenlosen Download (s. I.3) Kommunikation) zur Verfügung. Die Anlagen sind vom Bewerber/der Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Die Hinweise dienen der Information der Teilnehmer. Rückfragen sind an die Vergabestelle per E-Mail zu stellen bis 10 Arbeitstage vor Abgabe der Teilnahmeantragsfrist. Die Rückfragen werden anonymisiert beantwortet und sind öffentlich einsehbar. Kosten für die Bewerbung und Angebotserstellung sowie für die Teilnahme am Verhandlungsverfahren werden nicht erstattet. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht erstattet. Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe erhalten die ausgewählten Teilnehmer zusätzliche Unterlagen (siehe Zuschlagskriterien – Hinweise 5). Die Möglichkeit der Besichtigung besteht in der Angebotsphase. Hinweise für Bewerber-/Bietergemeinschaften: Der Auftrag kann an Einzelunternehmen oder an Bieter-/Bewerbergemeinschaften vergeben werden. Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag die von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Anlage BG „Erklärung Bewerbergemeinschaft“) abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter aufgezeigt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Alle Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch. Bewerber-/Bietergemeinschaften füllen einen gemeinsamen Teilnahmeantrag aus und legen eine gemeinsame Referenzliste vor. Die Mitglieder einer Bewerber-/Bietergemeinschaft geben jeweils eigene Erklärungen zu Anlagen 9.1 - 9.3 und 10 ab. Mehrfachbeteiligungen sind unzulässig (s. II.2.4).

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Freistaats Thüringen beim Thüringer Landesverwaltungsamt
– Referat 250
Weimarplatz 4
99423Weimar
Deutschland
Telefon: +49 361 37737037
E-Mail: vergabekammer@tlva.thueringen.de
Fax: +49 361 37739354
Internet-Adresse: <https://www.thueringen.de/th3/tlvwa/vergabekammer>

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Regelungen des § 160 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen).

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

12/09/2017